



Bundesamt für
Verfassungsschutz

POSTANSCHRIFT Bundesamt für Verfassungsschutz, Postfach 10 05 53, 50445 Köln

Frau
MdB Ulla Jelpke - persönlich -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Merianstr. 100, 50765 Köln
POSTANSCHRIFT Postfach 10 05 53, 50445 Köln
TEL +49 (0)1888-792-
FAX +49 (0)1888-10-792-2915
BEARBEITET VON Herrn Zick
E-MAIL poststelle@bfv.bund.de
INTERNET www.verfassungsschutz.de
DATUM Köln, 12.02.2007

BETREFF **Datenschutzrechtliche Eingabe**

BEZUG 1. Ihr Schreiben vom 13. Juni 2006
2. Unser Schreiben vom 5. September 2006
(Az: 1A2-244-S-440 001-5-6/06)

AZ **1A2 - 244-440001-0005-0014/07 S -Datenschutzreferat-**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 13. Juni 2006 und unter Bezugnahme auf unseren Zwischenbescheid vom 5. September 2006 ergeht folgender

B E S C H E I D:

Gemäß § 15 Abs. 1 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) teilen wir Ihnen mit, dass nach der Ihnen im Jahre 1997 erteilten Auskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) folgende Informationen zu Ihrer Person angefallen sind:

Zu Ihrer Person sind biografische Daten in allgemein zugänglichen Quellen veröffentlicht worden, so insbesondere im „PDS-Landesinfo Nordrhein-Westfalen“, Nr. 2/1998, und im „Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages, 16. Wahlperiode“. Nach dortigen Angaben waren Sie „aus der 68er Linken“ kommend Mitglied des „Kommunistischen Bundes“ (KB). Zudem waren Sie in außerparlamentarischen Bewegungen wie „Autonome Frauen, Gruppen und Projekte, alternative Wahl- und Ökologiebewegungen (Bunte Liste und Alternative Liste)“ aktiv. Von 1980 bis 1988 waren Sie Mitglied der Partei „Die Grünen“. Für die „Grün-Alternative-Liste“ (GAL) waren Sie ab 1981 und ab 1985 für jeweils zweieinhalb Jahre Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft. Bei Bundestagswahlen kandidierten Sie mehrfach für die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) bzw. seit Juli 2005 die „Linkspartei.PDS“, so im Jahre 1990 für die „PDS/Linke Liste“ sowie in den Jahren 1994, 1998 und 2002 für die PDS, stets auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen der PDS. Nach Ihrer Wahl gehörten Sie von 1990 bis 2002 der Bundestagsfraktion der PDS an. Sie waren Mitglied im



Innenausschuss und Stellvertreterin im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bei der Bundestagswahl 2005 kandidierten Sie für die „Linkspartei.PDS“. Derzeit sind Sie Angehörige der Bundestagsfraktion „DIE LINKE.“, Fraktion der „Linkspartei.PDS“ im 16. Deutschen Bundestag, und innenpolitische Sprecherin der Fraktion.

Dem BfV ist bekannt, dass Sie kein Mitglied der PDS bzw. der „Linkspartei.PDS“ waren oder sind. Allerdings nahmen Sie an Veranstaltungen der Partei oder deren Gliederungen teil, so an einzelnen Parteitag der PDS auf Bundes- und Landesebene. Dem Flugblatt „Demokratische Friedenspolitik jetzt!“ zufolge beteiligten Sie sich an einer Veranstaltung der PDS Köln am 1. September 1998 in Köln. Laut „Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS“, Nr. 1/2001, gab es über einen längeren Zeitraum eine „kameradschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen der AG und Ihnen. Nach einer Meldung der linken Tageszeitung „junge Welt“ (jW) vom 9. September 2005 beteiligten Sie sich am 7. September 2005 an einer vom „Linkspartei.PDS“-nahen Jugendverband „[solid] – die sozialistische Jugend“ und der „Grünen Jugend Berlin“ veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema: „Aufbruch mit Links“ in Berlin. Zudem beschäftigten Sie sich laut Pressemeldungen wiederholt – auch kritisch – mit der Politik der PDS. So setzten Sie sich mehrfach mit politischen Vorgaben der Partei und Äußerungen einzelner Mitglieder oder Funktionäre auseinander und bewerteten parteiinterne Vorgänge. Dabei ging es u.a. um Regierungsbeteiligungen, Einwanderungspolitik, zentrale Wahlkampfthemen sowie Wahlergebnisse der PDS. Ihre Forderungen zielten u.a. darauf ab, von der PDS ein „sozialistisches Profil“ einzufordern. So gehörten Sie laut jW vom 28. März 2006 zu den Unterzeichnern des Aufrufs „Für eine antikapitalistische Linke – ein Aufruf“ einiger Politiker der „Linkspartei.PDS“. Darin wurde die Partei daran erinnert, dass „Kapitalismuskritik und die Orientierung auf das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft zu ihrem Gründungskonsens“ gehörten. Gefordert wurde, die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus wieder in die öffentliche Debatte zu bringen.

Des Weiteren sind dem BfV neben Ihren Kontakten zur PDS und deren Gliederungen auch Kontakte Ihrer Person zu anderen linken politischen Gruppierungen bekannt. So nahmen Sie an diversen politischen Veranstaltungen teil, insbesondere an zahlreichen Konferenzen, Kundgebungen sowie Podiums- und Diskussionsveranstaltungen. Dort traten Sie vielfach als Rednerin oder Referentin auf. Im Jahre 1997 wurden Sie auf einer Mitgliederliste der „Förderergesellschaft der Marx-Engels-Stiftung“ (MES) genannt. Laut Internet (www.jungdemokratinnen.de, Stand: 19. August 1999) nahmen Sie anlässlich des jugendpolitischen Kongresses „Spektakel 99“ (10. - 12. September 1999) in Dortmund an der Podiumsdiskussion unter dem Titel: „50 Jahre BRD – Kontinuität oder faschistischer Staat“ am 10. September 1999 teil. Veranstalter waren die „Jungdemokraten/Junge Linke NRW“ (JD/JL NRW). Sie gehörten zu den Unterstützern eines landesweiten antifaschistischen Kongresses vom 19. - 21. November 1999 in Duisburg. Weitere Unterstützer und Träger des Kongresses waren u.a. die JD/JL NRW, die „revolutionäre antifa-Initiative Duisburg“, die „Vereinigung



der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten der Bundesrepublik Deutschland“ (VVN/BdA), der „Marxistische Studentenbund Spartakus Düsseldorf“ (MSB Düsseldorf) und die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Ruhr-Westfalen“ (SDAJ Ruhr-Westfalen). Laut Internet (www.linkeseite.de, Stand: 27. November 2001) traten Sie bei der Veranstaltung „Sicherheitswahn“ der „RED COMMUNITY NRW“ am 20. November 2001 als Referentin auf. Nach Meldungen der jW vom 22. - 26. Dezember 2001 und vom 14. Januar 2002 nahmen Sie im Rahmen der von der Zeitung mitveranstalteten „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ an der Podiumsdiskussion „Aufbruch im Schläferland – Die Linke gegen Neoliberalismus und Krieg“ am 12. Januar 2002 in Berlin teil. Dort erklärten Sie laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. Januar 2002, der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in dem wir lebten, habe im Zeichen des 11. September 2001 einen totalitären Feldzug nach außen und innen begonnen. Deutschland entwickle sich zur Kriegsgesellschaft und zum rassistischen Abschottungsstaat. Laut jW vom 29. November 2001 gehörten Sie zu den Mitunterzeichnern eines Bündnisaufrufs zur „Luxemburg-Liebkecht-Ehrung/Demonstration“ am 13. Januar 2002 in Berlin. Nach einer Ankündigung im Zentralorgan der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) „Unsere Zeit“ (UZ) vom 17. Januar 2003 und einem Bericht der Tageszeitung „Neues Deutschland“ (ND) vom 4. Februar 2003 nahmen Sie an einer Podiumsdiskussion anlässlich einer von der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und der VVN/BdA mitveranstalteten NRW-Landeskonferenz antifaschistischer Bündnisse am 1. Februar 2003 in Dortmund teil.

Pressemeldungen zufolge nahmen Sie außerdem mehrfach an Veranstaltungen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) teil. So beteiligten Sie sich als Gast an einer Beratung des DKP-Parteivorstandes am 1. Juni 2002 (UZ vom 7. Juni 2002), an einer DKP-Wahlveranstaltung am 2. September 2002 in Düsseldorf (UZ vom 30. August 2002) und an der „Antifaschismuskonferenz“ der DKP unter dem Motto: „Das Erbe des Widerstandes bewahren – Gegen Neofaschistische Tendenzen heute“ am 26. Februar 2005 in Berlin, auf der Sie als Referentin auftraten (jW vom 25. Mai 2005, „Berliner Anstoß – Monatszeitung der DKP“ vom April 2005).

Zudem unterhielten Sie Kontakte zur linksextremistisch beeinflussten VVN/BdA. So waren Sie Mitautorin einer Broschüre der Kreisvereinigung Stade der VVN/BdA, die Einblick in „Politik und Wirken“ der Vertriebenenverbände geben sollte. Laut Internet (www.vvn-bda.de, Stand: 21. August 2000) gehörten Sie zu den Erstunterzeichnern des von der VVN/BdA initiierten „Aufrufs zur Unterstützung antirassistischen und antifaschistischen Engagements vor Ort – Engagement gegen rechts verdient volle Unterstützung“. Laut „antifa rundschau“ vom Oktober - Dezember 2000 und der UZ vom 13. Oktober 2000 übersandten Sie ein schriftliches Grußwort an den VVN/BdA-Bundeskongress am 7./8. Oktober 2000 in Frankfurt/Main. Darin forderten Sie ein Ende der „Diskriminierung und Verfolgung von Antifaschismus und



antifaschistischer Organisationen wie der VVN-BdA“. In der jW vom 13. Juli 2001 wandten Sie sich gegen die Beobachtung der VVN/BdA durch den Verfassungsschutz.

Weiterhin ist bekannt, dass Sie sich an zahlreichen Demonstrationen beteiligten oder als deren Anmelderin auftraten. So meldeten Sie u.a. eine Demonstration unter dem Motto: „Flucht ist kein Verbrechen“ für den 21. Mai 2000 in Büren/NRW an. Außerdem meldeten Sie für denselben Tag eine Demonstration in Büren/NRW unter dem Motto: „power durch die mauer! Weg mit allen abschiebeknästen!“ an. Laut jW vom 21. September 2000 und ND vom 12. Oktober 2000 meldeten Sie eine Demonstration unter dem Motto „Save the Resistance – gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn“ für den 14. Oktober 2000 in Leipzig an. Nach einer Meldung der jW vom 3. Mai 2001 nahmen Sie an einer Demonstration am 1. Mai 2001 in Berlin-Kreuzberg teil, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen kam. Informationen darüber, dass Sie sich selbst an diesen Ausschreitungen beteiligt haben, liegen nicht vor. Den „Informationen der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag“ vom August/September 2001 zufolge meldeten Sie die für den 1. September 2001 in Leipzig geplante Demonstration unter dem Motto: „Deutschland den Krieg erklären – gegen zivilgesellschaftlichen Militarismus“ an. Laut jW vom 24. und 25./26. Mai 2002 und UZ vom 7. Juni 2002 beteiligten Sie sich an einer Protestaktion am 23. Mai 2002 in Berlin, in deren Verlauf Sie gemeinsam mit anderen die Rede des amerikanischen Präsidenten George Bush vor dem Deutschen Bundestag störten. Der jW vom 27. und 28. Oktober 2005 zufolge nahmen Sie an einer Protestveranstaltung gegen einen „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr am 26. Oktober 2005 in Berlin teil. Dort bezeichneten Sie die Bundeswehr als „Angriffsarmee“, verglichen das Bundeswehrzeremoniell mit Ritualen der Nationalsozialisten und setzten sich für die Fortsetzung der Veranstaltung ein, obwohl es in deren Verlauf zu Ausschreitungen kam.

Darüber hinaus ist dem BfV bekannt, dass Sie mehrfach Kontakte zu ausländischen Personen und Organisationen mit Bezügen zum Linksextremismus unterhielten. So trafen Sie laut ND vom 6. Oktober 1997 mit zwei Vorstandsmitgliedern der baskischen Partei „Herri Batasuna“ in Bonn zusammen. Laut „PDS international“ vom 4. Quartal 1997 trafen Sie in der Zeit vom 6. - 10. April 1998 in Belgrad, Pale und Sarajewo mit Abgeordneten und führenden Vertretern politischer Parteien (u.a. der „Serbischen Sozialistischen Partei“) und Bewegungen zusammen. Dem „PDS-Pressedienst“ vom 12. Januar 2001 zufolge hielten Sie auf einem Symposium der italienischen „Partei der kommunistischen Wiedergründung“ (PRC) am 23. Oktober 2000 in Venedig eine Rede. In einem von der jW am 16. Januar 2001 veröffentlichten Interview berichteten Sie über ein Zusammentreffen mit ehemaligen politischen Häftlingen in Chile und geplanten Kontakten zu Exilchilenen in Deutschland. Im Jahre 2005 hielten Sie eine Rede auf dem Kongress der türkischen „Partei der Arbeit“ (EMEP) in Ankara.

Des Weiteren engagierten Sie sich in vielfältiger Weise im Rahmen der auch von Linksextremisten getragenen Solidaritätsarbeit für den „kurdischen Befreiungskampf“. So unterhielten Sie eigenen Angaben im „PDS-Landesinfo Nordrhein-Westfalen“, Nr. 2/1998, zufolge Kon-



takte zu allen kurdischen Organisationen und Verbänden und beteiligten sich auf deren Veranstaltungen mit Redebeiträgen. Laut „Kurdistan-Report“, Nr. 9/10 aus dem Jahre 1998, reisten Sie in diesem Zusammenhang auch mehrmals in die Türkei. So berichtete die damals in Deutschland erscheinende Tageszeitung „Özgür Politika“ (ÖP; Sprachrohr des „Volkskongress Kurdistan“ - KONGRA GEL -, der Nachfolgeorganisation der in Deutschland mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegten „Arbeiterpartei Kurdistans“ - PKK -) in der Ausgabe vom 8. November 1997, dass Sie sich im November 1997 als Prozessbeobachterin in Sisli/Türkei aufhielten. Der Prozess richtete sich gegen Teilnehmer am sogenannten „Musa Anter Friedenszug“, der von der PKK im Zusammenwirken mit Kurdistan-Solidaritätsgruppen geplant worden war und vom 26. August - 1. September 1997 von Brüssel nach Diyarbakir fahren sollte. Das Vorhaben wurde von den beteiligten Bahngesellschaften nicht realisiert, nachdem Hinweise eingegangen waren, dass es sich um eine Werbeveranstaltung der PKK handelte. Mehreren Pressemeldungen zufolge gehörten Sie zu den Unterstützern dieses „Friedenszuges“. Zudem kritisierten Sie im ND vom 26. August 1997 die Anweisung des damaligen Bundesinnenministers Kanther, die ausländischen Teilnehmer an der Grenze aufzuhalten. Im „PDS Landesinfo Nordrhein-Westfalen“ vom September/Okttober 1997 warfen Sie der Bundesregierung vor, sich zum „Handlanger“ türkischer Autoritäten gemacht zu haben. Zudem nahmen Sie laut „MdB-Pressedienst“ vom 23. März 1998 im Jahre 1998 an einer Delegationsreise in die Türkei teil, wo Sie sich an nicht genehmigten „Newroz“-Feiern beteiligten und durch türkische Sicherheitskräfte verhaftet wurden. Dem „PDS-Pressedienst“ vom 4. Juni 1999 zufolge hielten Sie sich etwa Mitte 1999 im Auftrag der PDS anlässlich des Verfahrens gegen den früheren PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Prozessbeobachterin erneut in der Türkei auf. Zahlreiche Pressemeldungen („Politische Berichte“ vom 21. Juli und 4. August 2000, „Kurdistan-Rundbrief“ vom 26. Juli 2000 und „PDS-Pressedienst“ vom 4. August 2000) berichteten im Jahre 2000 über Ihre Absicht, auf Einladung der PKK in die Türkei zu reisen, um sich über die dortige Lage zu informieren und offene Fragen im Zusammenhang mit PKK-Oppositionellen zu klären. Der jW vom 10./11. und 24./25. Februar 2001 und dem ND vom 10./11. Februar 2001 zufolge beteiligten Sie sich im Februar 2001 an einer Delegationsreise in den Nordirak, wo Sie Gespräche mit Vertretern der „Demokratischen Partei Kurdistans“ (KDP) und der „Patriotischen Union Kurdistans“ (PUK) sowie mit PKK-Oppositionellen führten. Auf einer Versammlung der „Linkspartei.PDS“ am 13. September 2005 in Dortmund bekundeten Sie Ihre Solidarität mit dem KONGRA GEL und sagten Ihre Unterstützung bei der Lösung der Kurdenfrage und bei den Protesten gegen das Verbot der „Özgür Politika“ zu.

Ausweislich zahlreicher Pressemeldungen setzten Sie sich wiederholt für eine Aufhebung des „PKK-Verbotes“, für die Anliegen und Forderungen der Kurden sowie für ein Bleiberecht von Kurden in Deutschland ein. In diesem Zusammenhang wurden in der Presse zahlreiche Interviews mit Ihnen veröffentlicht, gaben Sie politische Erklärungen ab, gehörten Sie zu den



Unterzeichnern von Flugblättern und Aufrufen, unterstützten Sie bzw. beteiligten Sie sich an Demonstrationen und nahmen Sie an politischen Veranstaltungen teil. So unterstützten Sie u.a. laut „Politische Berichte“, Nr. 11/1998 vom 29. Mai 1998, die Demonstration unter dem Motto: „Kundgebung für Frieden und Einigkeit Kurdistans“ am 6. Juni 1998 in Dortmund. Dem Internet (www.nadir.org, Stand: 21. Dezember 1998) zufolge gehörten Sie zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufes zu der „Demonstration gegen Polizeirepression“ am 9. Januar 1999 in Duisburg, die sich gegen Hausdurchsuchungen bei türkischen und kurdischen Kulturvereinigungen durch die Polizei richten sollte. Einem Flugblatt zufolge gehörten Sie zu den Erstaufzurfern für die Demonstration unter dem Motto: „Für das uneingeschränkte Recht der Kurdinnen und Kurden auf Selbstbestimmung – Für eine politische friedliche Lösung der Kurdenfrage“ am 5. März 1999 in Erfurt. Im „Kurdistan-Rundbrief“ vom 26. Januar 2000 wandten Sie sich gegen die Durchsuchung der Redaktionsräume der Zeitung „Özgür Politika“ am 12. Januar 2000. Dies sei ein erneuter Einschnitt in die Pressefreiheit und die Artikulationsmöglichkeiten der kurdischen Bevölkerung. Nach Ihren eigenen Angaben im ND vom 2. Februar 2000 waren Sie Mitglied im Verein „Promondial“, der im Verdacht stand, die PKK zu unterstützen. Zudem wurden Sie als Leiterin einer unangemeldeten Demonstration unter dem Motto: „Gegen die Terroraktionen der Staatssicherheitsdienste“ am 21. Dezember 2000 vor der türkischen Botschaft in Berlin bekannt, weswegen ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gegen Sie eingeleitet wurde.

Pressemeldungen zufolge setzten sie sich nach der Verhaftung des Führers der verbotenen kurdischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) Abdullah Öcalan wiederholt für die Zuerkennung politischen Asyls ein. So gehörten Sie laut jW vom 16. November 1998 zu den Unterzeichnern eines Aufrufs des Vereins „Appell von Hannover e.V.“, einem „Zusammenschluss von um eine friedliche Lösung des Kurdistan-Konfliktes bemühten Gruppen und Einzelpersonen“. Darin wurde die Bildung einer deutschen Delegation, die nach Rom entsendet werden sollte, gefordert. Damit sollte offenbar eine Auslieferung Öcalans an die Türkei oder an die Bundesrepublik Deutschland verhindert werden. Später kritisierten Sie den in der Türkei geführten Prozess gegen Öcalan sowie die türkischen Haftbedingungen.

Laut „Kurdistan-Rundbrief“ vom 29. Juli 1997, 15. November 2000 und 23. November 2001 waren Sie Mitglied des Herausgabekreises dieser Publikation. Der Ausgabe vom 23. November 2001 zufolge nahmen Sie zudem an der Jahrestagung von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ am 4. November 2001 in Berlin teil.

Im Rahmen Ihres Engagements gegen „Antifaschismus“ referierten Sie auf der Jahrestagung des Herausgabekreises der „Antifaschistischen Nachrichten“ und der Jahrestagung der „AG gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/Volksfront“ am 29./30. November 1997 in Köln. Der Zeitschrift „antifa“ vom März 1998 zufolge war Ihr Büro Mitveranstalter der Tagung „Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Nationalismus, Männerbünde, Neoliberalismus und neue Eliten“. Die Zeitschrift „Politische Berichte“ vom 21. August 1998 veröffentlichte einen



von Ihnen verfassten offenen Brief, in dem Sie kritisierten, dass das ND einem - nach Ihrer Einschätzung dem rechten Spektrum nahestehenden - Autor die Möglichkeit zur Veröffentlichung gegeben hatte. Diversen Presseberichten zufolge warfen Sie sowohl der Bundesregierung als auch der „herrschenden Politik“ wiederholt vor, rechtsextremistischen Bestrebungen Vorschub zu leisten, die Gefahren des Rechtsextremismus zu verharmlosen und gleichzeitig „linke Antifaschisten“ zu diffamieren. Laut „Antifaschistische Nachrichten“ vom 11. Mai 2000 gehörten Sie zu den Unterstützern der „22. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen“ unter dem Motto: „Kein vergeben – Kein vergessen“ am 17. Juni 2000 in Krefeld. Ausweislich der jW vom 25. Oktober 2000 hielten Sie eine Rede auf einer Antifa-Demonstration am 21. Oktober 2000, an der auch ein sog. „Schwarzer Block“ teilnahm. Laut „PDS-Pressedienst“ vom 3. August 2001 nahmen Sie an der internationalen Konferenz „Für eine tolerante Gesellschaft, gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ im Rahmen des von der PDS veranstalteten „XX. Treffens des Forums der Neuen Europäischen Linken“ (NELF) vom 12. – 14. Mai 2001 in Berlin teil. Ferner obsiegten Sie laut ND vom 30. Januar 2001 und 1. Februar 2002 in einem Prozess gegen die „Landsmannschaft Ostpreußen“ vor dem OLG Celle. Die Landsmannschaft hatte gegen Sie auf Unterlassung der Behauptung geklagt, sie wolle „Ostpreußen immer noch heim ins Reich holen“. Der jW vom 25. April und 12. Mai 2005 zufolge nahmen Sie an einer von der jW veranstalteten Podiumsdiskussion unter dem Titel: „Das Übel an der Wurzel packen – Alternativen zu Sozialraub und Naziterror“ am 10. Mai 2005 in Bochum als Moderatorin teil.

Zudem beschäftigten Sie sich laut Presseberichten wiederholt mit dem Verbotsverfahren gegen die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Sie nahmen ausweislich der jW vom 20./21. Januar 2001 an einer Veranstaltung mit dem Titel: „Welche Argumente vertreten Linke, wenn es um das Verbotsverfahren der NPD geht?“ im Januar 2001 in Berlin teil. Laut „Lüdenscheider Nachrichten“ vom 5. April 2002 referierten Sie auf einer Veranstaltung der „Initiative für Zivilcourage“ im April 2002 in Lüdenscheid über das geplante NPD-Verbot, den Einsatz von V-Leuten und die Rolle des Verfassungsschutzes. In einem von Ihnen verfassten, in der Zeitschrift „Geheim“ vom 20. Oktober 2002 abgedruckten Beitrag mit dem Titel: „Das V-Leute-Unwesen“ erklärten Sie, die V-Leute-Skandale im Verbotsverfahren hätten erneut gezeigt, „dass die Verfassungsschutzbehörden dieses Landes seit vielen Jahren selber tief im braunen Dreck stecken“.

Des Weiteren liegen dem BfV Informationen über Ihre umfangreiche publizistische Tätigkeit vor. So verfassten Sie zahlreiche Beiträge für die - auch nach eigenen Angaben - „marxistische“ Tageszeitung jW, für die Sie laut Ausgaben vom 15. Januar 2003 und 20./21. August 2005 von Anfang 2003 bis September 2005 als Redakteurin tätig und für den Bereich Innenpolitik verantwortlich waren. Zudem publizierten Sie wiederholt in parteieigenen Publikationen der PDS bzw. der „Linkspartei.PDS“, insbesondere im „PDS-Pressedienst“, in der Mitgliederzeitschrift „DISPUT“, in „Politische Berichte“, im „Rundbrief der AG Rechtsextre-



mismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS“, in den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“, im „PDS-Landesinfo Nordrhein-Westfalen“ sowie in „UTOPIE kreativ“, dem Theorieorgan der parteinahen „Rosa-Luxemburg-Stiftung“. Darüber hinaus verfassten Sie u.a. Beiträge für linke Publikationen wie „Antifaschistische Nachrichten“, die Tageszeitung „Neues Deutschland“ (ND), „Der Rechte Rand“, die „Sozialistische Zeitung“ (SoZ), die Zeitschrift „Geheim“, die DKP-Schriften „Marxistische Blätter“ und „Unsere Zeit“ (UZ), „antifa“, die „Zeitung gegen den Krieg“, die Zeitschrift „Antifaschistisches Infoblatt“ und den „Kurdistan-Rundbrief“.

Im Rahmen Ihrer publizistischen Tätigkeit beschäftigten Sie sich mit zahlreichen Themenfeldern; dazu gehörten u.a. „Geheimdienste“, „Antifaschismus“, „Bürgerrechte“, Militäreinsätze“, „Innere Sicherheit“, „Vertriebenenverbände“, „Flüchtlingspolitik“, „Migration“, „Asylbewerber“, „Zwangsarbeiter“ und „politische Gefangene“.

So übten Sie u.a. wiederholt Kritik an den Geheimdiensten der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Arbeitsweise und forderten deren Abschaffung. Sie vertraten die Auffassung, der Verfassungsschutz arbeite mit Rechten zusammen und verharmlose Rechtsextremismus und rechte Gewalt, während linke Straftaten aufgebauscht würden. Die Geheimdienste würden Bürgerrechte beeinträchtigen, täuschen und betrügen. Sie übten Kritik an den Verfassungsschutzberichten des Bundesministeriums des Innern, insbesondere hinsichtlich der Beobachtung der PDS und der VVN-BdA. Der jW vom 19. Mai 2004 zufolge vertraten Sie die Auffassung, der Verfassungsschutzbericht 2003 schüre „Islamismus- und Terrorhysterie“.

Im Themenbereich „Antifaschismus“ machten Sie die Bundesregierung und Politiker einzelner Parteien für den Anstieg des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik mitverantwortlich. Insbesondere im „Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS“, Nr. 2/98, sahen Sie als Mitautorin des Beitrages „Die extreme Rechte – kein Randphänomen“ innerhalb der CDU „geistige Brandstifter“ und unterstellten, zahlreiche Unionspolitiker seien „in das braune Netz verstrickt und einige strickten auch eifrig daran mit“. Ferner erhoben Sie deutschen Politikern gegenüber den Vorwurf, Rechtsextremismus und neonazistische Bestrebungen zu verharmlosen und linke Antifaschisten zu diskriminieren.

Im Rahmen Ihrer publizistischen Befassung mit den Themen „Bürgerrechte“, „Militäreinsätze“ sowie „Innere Sicherheit“ lehnten Sie u.a. die Ausweitung polizeilicher Maßnahmen zur Bekämpfung von Straftaten - auch auf europäischer Ebene - als „Abbau von Grundrechten“ ab. Sie kritisierten darüber hinaus die „Verfolgung und Kriminalisierung Linker“. Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland lehnten Sie ab. Sie vertraten die Auffassung, Antiterrormaßnahmen der Bundesregierung – als Reaktion auf den 11. September 2001 – ebenso wie Polizeimaßnahmen anlässlich von Castortransporten sowie Sicherheitsmaßnahmen anlässlich der Fussball-EM 2004 seien „unzulässige Grundrechtseingriffe“. In diesem Zusammenhang



sprachen Sie in der jW vom 19. Oktober 2001 von einem „Überwachungs- und Repressionsstaat“, den es zu verhindern gelte.

Sie waren u.a. Mitautorin eines Beitrags mit dem Titel: „Die Vertriebenenlobby im Bundesinnenministerium“ und Autorin des Beitrags mit dem Titel: „Die Landsmannschaft Schlesien“ in der Publikation „Der rechte Rand“, Sonderheft 2, September 1997. In der jW vom 13. Mai 2005 äußerten Sie sich zu der Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung aus den tschechischen Gebieten nach Ende des Zweiten Weltkrieges und werteten diese als „legitime Antwort der Tschechen auf den Überfall Nazideutschlands“.

Im Zusammenhang mit den Themen „Flüchtlingspolitik“, „Migration“ und „Asylbewerber“ setzten Sie sich für ein uneingeschränktes Bleiberecht abgelehnter Asylbewerber und Flüchtlinge ein und wurden als Mitunterzeichnerin von Aufrufen, Unterstützerin von Demonstrationen, Teilnehmerin von Veranstaltungen und Besucherin von „Abschiebehaftanstalten“ bekannt. Maßnahmen und Regelungen der deutschen und europäischen Politik lehnten Sie als „völkerrechtswidrig“ und „menschenfeindlich“ ab.

Sie beschäftigten sich auch mehrfach mit der Problematik der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter. So waren Sie nach eigenen Angaben im „PDS-Landesinfo NRW“, Nr. 2/2002, seit Sommer 2002 Mitglied im Kuratorium der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Darüber hinaus ist dem BfV aus Presseveröffentlichungen bekannt, dass Sie sich im Rahmen der „Gefangenearbeit“ betätigt haben. So kam es zu diversen Besuchskontakten, u.a. laut Internet (www.partisan.net, Stand: 1. Juni 2000) mit einem mutmaßlichen Mitglied der terroristischen Vereinigung „Revolutionäre Zellen“ (RZ). Sie unterstützten mehrfach Forderungen nach Freilassung aller Gefangenen der terroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Der Zeitschrift „Die Rote Hilfe“, Nr. 4/2002, zufolge gehörten Sie zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufes zur Freigabe der Akten anlässlich des 25. Jahrestages des Todes der RAF-Mitglieder Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Bader. In der jW vom 7. Oktober 2004 veröffentlichten Sie einen Nachruf zum 70. Geburtstag des verstorbenen RAF-Mitglieds Ulrike Meinhof. Daneben setzten Sie sich für die Aufhebung der Isolationshaft sowie für die Abschaffung des § 129 a StGB und die Verhinderung der Einführung des § 129 b StGB ein. Wiederholt kritisierten Sie auch die Haftbedingungen in der Türkei. Im Jahr 2001 setzten Sie sich für die Freilassung der im Zusammenhang mit den Gegenprotesten zum G8-Gipfel in Genua Inhaftierten ein. So gehörten Sie laut Internet (aanb@mail.nadir.org, Stand: 1. August 2001) zu den Unterstützern des Aufrufs „Sofortige Freilassung aller Inhaftierten der Gegenaktivitäten zum G8-Gipfel in Genua!!“

Über die vorgenannten Informationen hinaus liegen hier weitere Einzelinformationen vor, die im Zusammenhang mit Datenerhebungen anfielen, die nicht auf Ihre Person abzielten. Eine diesbezügliche Auskunft muss unterbleiben, da die betreffenden Daten nach einer Rechtsvor-



schrift, nämlich nach § 4 Abs. 1 Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) in Verbindung mit der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen“ (VSA) geheim zu halten sind (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BVerfSchG). Darüber hinaus scheidet die erbetene Auskunft gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 BVerfSchG aus. Bei einer Mitteilung der betreffenden hier gespeicherten Daten könnten Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand und die Arbeitsweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) gezogen werden. Einer weitergehenden Begründung hierzu bedarf es gemäß § 15 Abs. 4 Satz 1 BVerfSchG nicht, da ansonsten der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Geheimhaltungsinteressen des BfV überwiegen angesichts der geschilderten drohenden Nachteile vorliegend Ihr geltend gemachtes Auskunftsinteresse.

Gemäß § 15 Abs. 4 Satz 3 BVerfSchG weisen wir darauf hin, dass Sie sich wegen der hier vorgenommenen teilweisen Auskunftsverweigerung an den

Bundesbeauftragten für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
53117 Bonn

wenden können.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist beim Bundesamt für Verfassungsschutz schriftlich (Postfach 10 05 53, 50445 Köln) oder zur Niederschrift (Merianstraße 100, 50765 Köln) einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Zick)